

Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Herr Peter Altmaier
11019 Berlin

24.09.2021

Erneut gestiegene Entwaldungsrate im Amazonas. Das Netzwerk gerechter Welthandel fordert ein Stopp von EU-Mercosur

Sehr geehrter Herr Minister Peter Altmaier,

im April dieses Jahres erklärte EU-Handelskommissar Dombrowskis, dass die Europäische Union von Brasilien und den anderen drei Mercosur-Ländern bis Ende 2021 zusätzliche Verpflichtungen in Bezug auf den Klimawandel und die Entwaldung anstrebt, um den Abschluss des Handelsabkommens zu ermöglichen. Diese Verpflichtungen wären Bestandteil einer zusätzlichen Erklärung zwischen der EU und den Mercosur-Ländern und würden darauf abzielen, Probleme im Zusammenhang mit der Entwaldung und dem Klimawandel anzugehen.

Das Europäische Parlament, einzelne nationale Parlamente und Regierungen der Mitgliedstaaten, einschließlich der Regierung der nächsten EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs, haben in den vergangenen Monaten erklärt, dass Abkommen in der vorliegenden Form nicht zu ratifizieren. Das Parlament und die Regierung in Österreich haben bereits ihr Veto gegen das Abkommen eingelegt.

Nach den jüngsten Rekordzahlen bei der Abholzung und den Waldbränden im brasilianischen Amazonasgebiet und den jüngsten beispiellosen Massenmobilisierungen der indigenen Bevölkerung gegen den drastischen Anstieg der Übergriffe auf indigene Völker sind wir ernsthaft besorgt darüber, dass die Pläne zur Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens weiterhin nicht gestoppt wurden -trotz zahlreicher internationaler Aufrufe der Zivilgesellschaft, von Gewerkschaften, und von der Wissenschaft, die genau das fordern. Kürzlich wiederholte ein Kollektiv französischer Anthropolog:innen und Historiker:innen nicht nur die Forderung, das Abkommen zu stoppen, sondern sprach sich auch für die Verhängung von Sanktionen durch die EU aus. Am 10. September wurde in Marseille auf dem jüngsten Kongress der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur (IUCN) mit überwältigender Mehrheit ein Dringlichkeitsantrag angenommen, in dem gefordert wird, 80 Prozent des Amazonasbeckens bis 2025 zu einem Schutzgebiet zu erklären. Der Antrag wurde von der Dachorganisation COICA eingereicht, die mehr als zwei Millionen indigene Völker aus neun südamerikanischen Ländern vertritt.

Die IUCN-Forderung wird durch das EU-Mercosur-Abkommen untergraben, das die Intensivierung der Landnutzung für Landwirtschaft und Bergbau im Amazonasgebiet vorantreiben wird.

Wir sind der Meinung, dass die jüngsten Berichte und Entwicklungen erneut unterstreichen, dass eine zusätzliche Erklärung zwischen der EU und den Mercosur-Ländern nicht ausreichen wird, um die ernstesten Probleme der Entwaldung und des Klimawandels anzugehen. Von der brasilianischen Regierung können keine glaubwürdigen und sinnvollen Verpflichtungen erwartet werden. Es findet kein positiver "Wandel vor Ort" statt. Jüngste Berichte beweisen das Gegenteil. Das Ausmaß der Abholzung und der Waldbrände ist höher denn je, und die Unterdrückung indigener Gruppen und der Zivilgesellschaft hat im letzten Jahr der Regierung Bolsonaro weiter zugenommen. Die drei Jahre der Amtszeit des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro werden die drei Jahre mit der höchsten Entwaldung seit 2008 sein.

Deshalb fordern wir von:

- der Europäischen Kommission, die Ratifizierung dieses Handelsabkommens nicht voranzutreiben,
- den EU-Mitgliedsstaaten und dem Europäische Parlament, das Abkommen nicht zu genehmigen, weder mit noch ohne zusätzliche Erklärungen,
- den nationalen Parlamenten, dem österreichischen Beispiel zu folgen und Entschließungen zu verabschieden, dass sie dem Abkommen nicht zustimmen werden.

Jüngste Entwicklungen in Brasilien

Die Zerstörung im brasilianischen Amazonasgebiet schreitet nach Angaben des Forschungszentrums Imazon so schnell voran wie seit 10 Jahren nicht mehr. Imazons Zentrum für Entwaldungswarnsysteme SAD überwacht den Wald seit 2008 mit Hilfe von Satellitenbildern.

Darüber hinaus zeigt der jüngste Bericht von Global Forest Watch, dass der Verlust von Primärwäldern weltweit nirgendwo schneller voran schreitet als in Brasilien. Im Jahr 2020 hat der Verlust von Primärwäldern in Brasilien um 25% zugenommen. Dieser Anstieg ist auf rekordverdächtige Brände zurückzuführen. Nach Angaben des Monitoring of the Andean Amazon Project (MAAP), einem Projekt der gemeinnützigen Amazon Conservation Association, gab es im brasilianischen Amazonasgebiet bis Ende August fast doppelt so viele Großbrände wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.¹

Die Amazonas-Region ist einer der besten Schutzmechanismen der Welt gegen den Klimawandel. Ihr Schicksal betrifft uns alle. Wir verlassen uns darauf, dass die Wälder eine Menge Kohlendioxid aufnehmen, das Menschen, Unternehmen und Länder durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe ausstoßen. Der Amazonas hat diese wichtige Funktion schon immer erfüllt. Doch wie Wissenschaftler jetzt erfahren, gefährden Waldbrände diese Funktion.

¹ https://maaproject.org/2021/amazon_fires-august/

Neue Forschungsergebnisse zeigen, dass Teile des Amazonas bereits so geschädigt sind, dass sie mehr Kohlenstoff ausstoßen als sie aufnehmen.² Der bahnbrechende Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für den Klimawandel (IPCC), der Anfang dieses Sommers veröffentlicht wurde, zeigt, dass sich der Regenwald viel schneller erwärmt und austrocknet als andere Teile der Welt.

Auch die Waldzerstörung erreichte ein rekordverdächtiges Niveau: 6.062 km² im Jahr 2021, der höchste Stand seit 2017. Im Vergleich zu 2018 ist die Walddegradation um 87 % gestiegen.³

In seinem jüngsten Bericht warnt der IPCC eindringlich davor, dass die Kombination aus Abholzung, trockeneren Bedingungen und vermehrten Bränden das Ökosystem Regenwald über einen gefährlichen Kipppunkt hinaustreiben kann, was zu einer raschen Degradierung der Landoberfläche und einer weiteren Verschiebung hin zu einem trockeneren Klima führt.⁴

Dies alles geschieht, während die brasilianische Regierung genau das Gegenteil von dem tut, was getan werden muss. Sie fördert durch ihre Politik aktiv die Entwaldung. Die derzeitige Regierung hat die Umweltpolitik konsequent abgebaut und damit die Fähigkeit Brasiliens, seine nationalen und internationalen Klimaverpflichtungen zu erfüllen, ernsthaft gefährdet. Seit Juni 2019 hat die brasilianische Regierung ihre umweltfeindliche Politik verschärft, indem sie die Durchsetzung der Vorschriften zurückschraubt, Beamte schikaniert, die Budgets der Umweltbehörden kürzt und die Eintreibung von Umweltstrafen einstellt.

Im Juni trat der brasilianische Umweltminister Ricardo Salles zurück, nachdem gegen ihn strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet worden waren und ihm vorgeworfen wurde, in den illegalen Holzeinschlag und den Export von illegalem Holz aus dem Amazonasregenwald in die USA und nach Europa verwickelt zu sein. Der scheidende Minister war der Hauptverhandlungsführer Brasiliens in den Gesprächen mit den Vereinigten Staaten über die Finanzierung des Schutzes des Amazonas-Regenwaldes gewesen. Im Sommer 2019 war er in Berlin und führte mit der deutschen Wirtschaft wie Ministerien Gespräche.

² <https://www.nature.com/articles/s41586-021-03629-6>

³ <https://www.oc.eco.br/en/sem-combate-desmatamento-mantem-alta-em-2021/>

⁴ <https://www.oc.eco.br/en/passando-a-boiada-o-segundo-ano-de-desmonte-ambiental-sob-jair-bolsonaro/>

Im Kongress haben die Regierung Bolsonaro und die Agrarlobby der "Ruralisten" inzwischen weitere Unterstützer in hochrangige Schlüsselpositionen gebracht. Diese Politiker haben es ermöglicht, dass die Agenda der Ruralistas noch aggressiver vorangetrieben wird, einschließlich weiterer Angriffe auf indigene Völker und ihre Gebiete. Indigene Völker in Brasilien müssen sich auf eine Zunahme von Übergriffen und Gewalt in ihren Gebieten gefasst machen, nachdem das Unterhaus des Kongresses einen umstrittenen Gesetzesentwurf verabschiedet hat, der die Landnahme erleichtern und dazu beitragen könnte, Ansprüche von Landnehmern zu legalisieren, die öffentliche Wälder und indigene Gebiete besetzen, die noch nicht abgegrenzt worden sind. Das fragliche Gesetz ist nur eines aus einer Reihe von Gesetzesvorlagen auf Bundes- und Landesebene, die die Rechte indigener Völker bedrohen und die wiederum Teil eines größeren Musters von Angriffen und Gewalt auf indigenes Land im ganzen Land sind.

In den letzten Monaten haben Tausende von indigenen Völkern aus ganz Brasilien beispiellose Massenmobilisierungen in Brasilia gegen die indigenenfeindliche Agenda im Nationalkongress und in der Bundesregierung sowie gegen die erwartete historische Entscheidung des Obersten Gerichtshofs organisiert, die Regeln für den Erhalt indigener Gebiete in Brasilien zu ändern, die von der Lobby der Landwirte geschaffen wurden und die die Zukunft der indigenen Gebiete bestimmen werden. Indigene Gebiete speichern in ihrer Biomasse mehr Kohlenstoff als jede andere Art von Gebiet und beherbergen mehr als ein Drittel des gesamten oberirdischen Kohlenstoffs des Amazonas. Sie sind immer noch Kohlenstoffsinken. Andererseits haben Studien gezeigt,⁵ dass bereits große Teile des südlichen und östlichen Amazonasgebiets - wo die Abholzung und die Brände am stärksten sind - zu Kohlenstoffquellen geworden sind.

Vor diesem verheerenden Hintergrund wird die Ratifizierung des EU-Mercosur-Freihandelsabkommens die Situation nur noch verschlimmern. Der zusätzliche Landbedarf wird zu mehr Fleisch-, Soja- und Ethanolexporten in die EU führen und starke Anreize für die weitere Abholzung für Viehweiden und Monokulturen für Soja und Zuckerrohr bieten. Eine von der französischen Regierung in Auftrag gegebene Studie hat gezeigt, dass allein die Ausweitung der Rindfleischproduktion in der Mercosur-Region infolge des Abkommens die Entwaldung um mindestens 25 % pro Jahr beschleunigen und 36 000 km² Wald pro Jahr zerstören würde. Es wird die Interessen von Wirtschaftssektoren fördern, die vom Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) und dem Weltrat für biologische Vielfalt (IPBES) als eindeutige Verursacher der Klima- und Biodiversitätskrise bezeichnet wurden.

⁵ Luciana Gatti et.al.: Amazonia as a carbon source linked to deforestation and climate change, Nature 595, pages 388–393 (2021), doi:10.1038/s41586-021-03629-6, veröffentlicht am 14 Juli 2021

Schlussfolgerung

Wir sind daher der festen Überzeugung, dass ein separater zusätzlicher Anhang zur Nachhaltigkeit im EU-Mercosur-Abkommen die Umweltzerstörung und die Menschenrechtsverletzungen, die vor Ort in Brasilien stattfinden, nicht eindämmen oder stoppen wird. Darüber hinaus hat eine kürzlich von MISEREOR, Greenpeace und CIDSE in Auftrag gegebene juristische Studie ergeben, dass weder Protokolle noch Auslegungserklärungen ausreichen, um die Probleme dieses Abkommens zu lösen. Wenn die EU mit dem Pariser Abkommen und dem Europäischen Green Deal, der EU-Biodiversitätsstrategie und der Farm-to-Fork-Strategie in Einklang stehen will, kann sie dieses Handelsabkommen nicht ratifizieren.

Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa führen in europäischen und südamerikanischen Städten Aktionen durch, um Sie zur Verantwortung zu ziehen und Sie aufzufordern, dieses Abkommen vom Tisch zu nehmen. Die Zivilgesellschaft und die Bürger beobachten Sie genau, und wir werden nicht zulassen, dass Sie ein Abkommen verabschieden, das sich direkt gegen die Menschen und den Planeten richtet. Wenn Sie die Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Mercosur verbessern wollen, bitten wir Sie, dieses Abkommen zu stoppen und stattdessen die Verhandlungen auf der Grundlage eines neuen Mandats wieder aufzunehmen, das die Menschen und den Planeten in den Mittelpunkt stellt und die strukturellen Ungleichgewichte zwischen unseren Volkswirtschaften beseitigt, anstatt sie zu vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen

Ludwig Essig
Koordination
Netzwerk Gerechter Welthandel
www.gerechter-welthandel.org

Im Netzwerk Gerechter Welthandel setzen sich über 40 Mitgliedsorganisationen aus Verbraucherschutz, Gewerkschaften, Umweltverbänden und Kirchen für eine global gerechte, faire, nachhaltige und demokratische Außenwirtschaftspolitik ein.